

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Dietrich von Oelsnitz: Wir haben Pressefreiheit! Haben wir Pressefreiheit? - Sprache als Werkzeug der Desinformation**
- **Swiss Propaganda: Der Propaganda-Multiplikator**
- **Pascal Luig: 5'000 Menschen protestieren in Ramstein - Drohnenkrieg ist Mord. Wir kommen wieder!**
- **Sputnik: Archivakten belegen: US-NATO-Politik gegenüber Russland ist Wortbruch**
- **Ronald Barazon: Kampfansage an Russland: NATO riskiert den Weltkrieg in Europa**
- **Zbigniew Brzezinski: Auf dem Weg zur globalen Neuordnung**
- **Harald Neuber: In Brasilien herrschen Alte, Reiche, Weiße und Rechte**
- **German-Foreign-Policy: Ostasiens Mittelmeer (I u. II)**
- **Gisela von Mutius: Poker um EU-Handelsverträge: Kein Spiel mit offenen Karten**
- **Jörg Kronauer: Weltpolitischer Machtanspruch**

Zitat des Monats von [Peter König](#):

**Der Westen könnte die Kriege und das Massensterben sofort beenden
und der Menschheit den Frieden bringen,
wenn er seine Habgier, seinen Griff nach Ressourcen
und sein Machtstreben endlich zügeln würde.**

- Dietrich von Oelsnitz: **Wir haben Pressefreiheit! Haben wir Pressefreiheit? - Sprache als Werkzeug der Desinformation**

Journalisten meinen, sie würden nur die Wahrheit bzw. Realität abbilden, fühlen sich der Aufklärung verpflichtet. Laut Rundfunkgesetz haben sie einen Bildungsauftrag.

Der nachdenkliche Leser von Nachrichten fühlt sich angesichts der wertenden Etiketten und Sprachregelungen, die ihm serviert werden, an ein Zitat von Eric Arthur Blair alias George Orwell erinnert: "Die politische Sprache wurde erschaffen, um die Lüge ehrenwert anmuten und Wind als solide erscheinen zu lassen."

Denn mittels der heutigen Informationspolitik werden Begriffe unzulässig verwendet, Sachverhalte verdreht. Auch wenn keine direkte Zensur erfolgt, so handeln die Journalisten doch wie in vorausseilenden Gehorsam. Dazu gehört auch, dass wenn den im Verwaltungsrat sitzenden Politikern bestimmte politische Personen oder Gruppierungen unerwünscht sind, diese vom Intendanten nicht eingeladen oder wieder ausgeladen werden.

Der Autor macht deutlich, dass die geltende Pressefreiheit unter diesen Umständen verkommt, außer sie wird wieder bewusst genutzt. Darum sollten wir Bürger den Medien und ihren Tugendwächtern kritisch auf die Finger schauen, denn vorgegebene Meinungen oder gar [Einschüchterung passen nicht zu einem freien Land](#) (Beitrag auf Seite 5 der 'Sprachnachrichten' Nr. 69).

Als Ergänzung eine [kleine Wunschliste](#), wie Journalismus besser gemacht werden könnte.

[Prof. Dr. Dietrich von Oelsnitz](#), Jg. 1964, Lehrstuhlinhaber für Unternehmensführung an der TU Braunschweig, bevorzugte Arbeitsgebiete: Strategisches Kompetenzmanagement, Personalmanagement und Kooperationsforschung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Swiss Propaganda: **Der Propaganda-Multiplikator**

Die Fallstudie "[Der Propaganda-Multiplikator](#)" mit je drei führenden Tageszeitungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz bestätigt einerseits die hohe Abhängigkeit der geopolitischen Berichterstattung von den globalen Nachrichtenagenturen (63 bis 90%; ohne Kommentare und Interviews) bei gleichzeitigem Fehlen von eigener investigativer Recherche, sowie die einseitige Kommentierung der Ereignisse zugunsten der Konfliktpartei USA/NATO (82% positiv vs. 2% kritisch).

Dabei gibt es enge Abhängigkeiten unter den meisten Agenturen. Auch Auslandskorrespondenten, die sich die Medien aus Kostengründen teilen müssen, beziehen viele Informationen von den globalen Agenturen. Die fehlende Eigenrecherche führt zu einer Berichterstattung aus den gleichen Quellen. So fällt es z.B. Politikern und Militärs leicht, die öffentliche Wahrnehmung zu bestimmen und zu nutzen. Wer nicht die gewünschte Meinung vermittelt, wird evtl. aus dem Verkehr gezogen.

Am ausgewogensten kommentierten dabei 'der Standard' und die Presse aus Österreich sowie die kleinere 'Basler Zeitung' aus der Schweiz.

['Swiss Propaganda'](#) ist ein medienwissenschaftliches Informationsprojekt, dessen Studien und Webseite von einem politisch und publizistisch unabhängigen Forscherteam in eigener privater Initiative und ohne Finanzierung oder Beauftragung erstellt werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Pascal Luig: **5'000 Menschen protestieren in Ramstein - Drohnenkrieg ist Mord. Wir kommen wieder!**

Vom 09. bis 12.06.2016 fanden die größte Protestaktion gegen Drohneneinsätze und die größten Aktionen der Aufklärung und Information in der Geschichte des jahrzehntelangen [Protestes gegen die Militärbasis der USA in Ramstein statt](#). An den verschiedenen Aktivitäten nahmen nach Angaben der Organisatoren rund 5'000 Menschen teil, junge wie auch viele langjährige Aktivisten, die auch aus anderen europäischen Ländern und den USA angereist sind. Alle Rednerinnen und Redner unterstrichen die zentralen Anliegen der Demonstrierenden:

- Schluss mit dem völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg!

- Die Air Base mit ihren zentralen Kommandostrukturen, u.a. für den Atomkrieg und die Raketenabwehr, muss in einem längeren Prozess geschlossen werden.
- Durch ein umfassendes Konversionsprogramm müssen die militärischen Arbeitsplätze in zivile umgewandelt werden.
- Die Beteiligung Deutschlands an Interventionskriegen muss beendet und alle Aufrüstungsprogramme gestoppt werden.

Bei den Veranstaltungen in Ramstein, Landstuhl und Kaiserslautern waren laut Veranstalter viele Medien anwesend. *Die mediale Resonanz fiel allerdings, entgegen den Angaben der Organisatoren, sehr verhalten aus (Red.)*. Berichtet haben u.a. der Deutschlandfunk ([Link funktioniert nicht mehr. Red.](#)) und das SWR-Fernsehen von dem [Protest von Tausenden Bürgern](#) gegen den Einsatz von Kampfdrohnen, der vom deutschem Ort Ramstein aus gesteuert wird, dem größten US Militärstützpunkt außerhalb der USA. Oskar Lafontaine bezeichnete es als unerträglich, dass die Bundesregierung zu diesem Thema schweigt. Tabea Rößner forderte Berlin auf die Militäreinsätze der USA einzustellen.

Originaltöne liefert KenFM:

[Albrecht Müller](#) warnte auf der Auftaktkundgebung in der bis auf den letzten Platz gefüllten Versöhnungskirche in Kaiserslautern vor der akuten Kriegsgefahr, die von der Politik der führenden Nationen dieser Tage ausgeht (0h33, KenFM). Müller erinnerte an den Wandel von einer konfrontativen Politik vor Willy Brandt, die man 1969 zu verlassen verstand. Die dann einsetzende Friedens- und Versöhnungspolitik wird aber nach 1989 zunehmend wieder durch neue Feindbilder und Konfrontation ersetzt. Diese neue grundlegende Änderung bezeichnete Müller als Verrat, der heute ausgelebt wird in Angriffskriegen und 'Regime changes'. Bei der Fortführung der gegenwärtigen Politik und Berichterstattung in Bezug auf Russland sieht Müller uns alle gefordert wachsam und aktiv zu sein, damit es nicht noch zu einem Krieg kommt, falls es auch in Russland dazu kommt, dass kriegsbefürwortenden Personen die Politik zu bestimmen beginnen sollten. Wir sind aufgerufen, für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit zu werben und uns von der US-Vorherrschaft zu befreien.

[Willy Wimmer](#) stellte bei der Auftaktkundgebung die aktuelle politische Situation dar, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen (0h22, KenFM). Wimmer spricht die deutsche historische Verpflichtung in Europa an. Wir können nicht neues, durch Krieg bedingtes Leid in Europa zulassen. Vor diesem Hintergrund nennt er die Stationierung von NATO-Panzern 150 km vor Petersburg "pervers". Er fordert die Wiederaufnahme der politischen Arbeit auf der Basis der [Charta von Paris](#). Angesichts des Einsackens des Pluralismus in der Politik und Berichterstattung, angesichts der Zustände in Ramstein fordert Wimmer von der Bundesregierung die Achtung der Verfassung und des Völkerrechts ein. Den gegenwärtigen US-Präsidenten nennt Wimmer die personifizierte Fluchtursache. Drohnen bezeichnet Wimmer als fliegende Standgerichte.

[Inhalt](#) ↑

• Sputnik: **Archivakten belegen: US-NATO-Politik gegenüber Russland ist Wortbruch**

Die USA haben 1990 Russland durch den damaligen US-Außenminister James Baker zugesichert, Washington sei bereit, der UdSSR eisern [zu garantieren, dass die NATO sich um keinen Zoll erweitert](#), falls die Sowjetunion die US-Position unterstütze, dass das wiedervereinigte Deutschland NATO-Mitglied werde. Michail Gorbatschow stimmte diesem Gentlemen's Agreement zu, aber es gab keinen formellen Beschluss.

Doch innerhalb eines Monats entschieden die USA, dass der Verzicht auf die Erweiterung der Allianz nicht in ihrem Interesse sei und brachen damit diese Zusage. "Daher darf es nicht wundern, dass Russland sich über die Aufnahme Polens, Ungarns, Tschechiens und der Baltischen Staaten seit Mitte der neunziger Jahre empört", erklärt der US-amerikanische Sicherheitsexperte Joshua Shifrinson, der die von ihm gefundenen Belege in einem Gastbeitrag für die 'LA Times' bzw. bei ['Foreign Affairs'](#) beschreibt.

[Joshua Shifrinson](#) lehrt an der 'Bush School of Government'. Er beschäftigt sich [seit seiner Dissertation](#) mit Großmächten, [Sicherheitspolitik](#) und internationalen Beziehungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ronald Barazon: **Kampfansage an Russland: NATO riskiert den Weltkrieg in Europa**

Die NATO hat den früheren NATO-Generalsekretärs, Anders Fogh Rasmussen, zum Berater der ukrainischen Regierung bestellt und unterstreicht damit ausdrücklich die [Einbeziehung der Ukraine in die Verteidigungspolitik der Gemeinschaft](#).

Die Besetzung der Krim wird außerdem als Rechtfertigung für die Aufrüstung an den Ostgrenzen der EU bemüht, wo die Angst vor einer russischen Invasion nach wie vor präsent sei. Für den Autor inszeniert die NATO eine Konfrontation mit Russland und nutzt dabei die Prägung der Osteuropäer durch die sowjetische Diktatur. Mit der de-facto-Einbeziehung der Ukraine rücke die NATO unmittelbar bis zur russischen Grenze vor und zerstöre damit Russlands Wunsch nach einer Pufferzone zum Westen und damit die begonnene Annäherung Russlands an die NATO. Russland reagiert mit der Verstärkung seiner militärischen Präsenz an seiner Westgrenze. *Siehe hierzu auch das dem Beitrag vorangestellte Video.*

Barazon betont, die Ukraine brauche keine militärischen Muskelspiele sondern umfassende Wirtschaftshilfe, wobei das Assoziierungsabkommen nicht helfe. Der Westen begnüge sich mit der Abwendung der Zahlungsunfähigkeit.

Der Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[Ronald Barazon](#), Jg. 1944, war viele Jahre Chefredakteur der Salzburger Nachrichten. Er ist einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten in Europa und heute Chefredakteur der Zeitschrift 'Der Volkswirt' sowie Moderator beim ORF. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zbigniew Brzezinski: **Auf dem Weg zur globalen Neuordnung**

Während die Ära ihrer globalen Vorherrschaft endet, müssen die USA nach Darstellung von Zbigniew Brzezinski bei der [Neuordnung der globalen Machtarchitektur](#) die Führung übernehmen. Fünf grundlegende Wahrheiten und die sich herausbildende Umverteilung der weltweiten politischen Macht und das gewaltsame politische Erwachen im Nahen Osten signalisieren das Heraufziehen einer neuen globalen Umorientierung.

Die fünf Wahrheiten sind laut Brzezinski:

1. Die USA sei die stärkste, aber nicht mehr die globale Weltmacht.
2. Russland befinde sich in imperialer Auflösung und könne höchstens ein führender europäischer Nationalstaat werden. Es müsse Teil eines sich vereinigenden Europa sein, um sich gegen China behaupten zu können.
3. China werde zum ebenbürtigen Rivalen der USA.
4. Europa sei keine und werde wohl auch keine globale Macht, könne und müsse Gehilfe der USA sein.
5. Das gewaltsame Erwachen des Islam sei z.T. Reaktion auf eine lange brutale Unterdrückung durch Europa, z.T. auch in eigener religiöser Tradition begründet.

Um weiter die dominierende Rolle spielen zu können, brauche es seitens der USA ein geduldiges Bemühen im Nahen Osten. Ein Abzug der USA aus den muslimischen Ländern werde zu Krieg führen und gefährde die globale Ordnung. Während China hinsichtlich der Stabilität im Nahen Osten als Partner zu gewinnen sei, habe Russland seinen Platz nur in Europa.

Eine militärisch und ideologisch erzwungene Lösung führe die USA in eine selbstzerstörerische Sackgasse und den Nahen Osten in mit selbstgerechtem Fanatismus geführte Kriege und weltweit zu wachsender Grausamkeit.

Auch wenn sich die Ära einer dominanten Weltmacht USA dem Ende zuneige, sei kein anderer Staat in der Lage, den USA ihre ökonomisch-finanzielle Überlegenheit streitig zu machen. Verlören die USA diese Rolle trotzdem, z.B. wegen neuer Waffensysteme in den Händen eines anderen Staates, bringe das weltweites Chaos.

Interessant, dass alles selbstverständlich nur unter der selbsternannten Führung der USA und mit Beihilfe Europas geschehen soll/darf, China Partner der USA werden soll und sich Russland in imperialer Auflösung befinde. Und die eigenen Kriegsverbrechen, z. B. der Irakkrieg oder der Drohenkrieg, werden einfach ausgeblendet. Diesen egoistischen imperial-strategischen Überlegungen

fehlt der Sinn für gleichberechtigte Partnerschaft, und sie lassen jede Selbstkritik am bisherigen völkerrechtswidrigen Gebaren der USA vermissen. (Red.)

[Zbigniew Brzezinski](#), Jg. 1928, polnischer Herkunft, Politikwissenschaftler und Professor für US-Außenpolitik am 'Center for Strategic and International Studies' (Johns Hopkins University in Washington, D.C.). Berater der ehemaligen US-Präsidenten Lyndon B. Johnsons u. Jimmy Carter. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Harald Neuber: **In Brasilien herrschen Alte, Reiche, Weiße und Rechte**

Der brasilianische Senat hat am 12.05. nach 20-stündiger Debatte die Eröffnung der Amtsenthebung gegen Präsidentin Dilma Rousseff beschlossen, die damit mit sofortiger Wirkung suspendiert wurde. Die endgültige Amtsenthebung ist erst durch den Obersten Gerichtshof möglich, wenn die vorgeworfenen Verfehlungen (Verschleierung der wahren Budgetlage und unautorisierte Kreditvergaben) juristisch bestätigt werden. Rousseff will alles dafür tun, ihr Mandat nach der Zwangspause bis zu den Wahlen im Dezember 2018 auszufüllen.

Das [Amt wurde am 12.05. von dem bisherigen Vizepräsident Michel Temer übernommen](#). Anscheinend will Temer - wie von der Verfassung vorgesehen - die Regierung nicht nur kommissarisch weiterführen. Als eine der ersten Amtshandlungen entlässt die De-facto-Regierung 4'000 Staatsbedienstete.

Zudem reduzierte Temer das Kabinett von 32 auf 22 Posten, indem Ministerien abgeschafft oder mit andern zusammengelegt wurden. Die verbliebenen Ministerien wurden an Personen vergeben, die zum Teil unter erheblichem Korruptionsverdacht stehen bzw. zu Gewalt neigen. Die neuen Minister und der De-facto-Präsident haben indes mehrere Gemeinsamkeiten: Alle sind Männer, weiß und sehr reich.

Temer, dem Wikileaks vorwirft, [ein Informant der USA gewesen zu sein](#), gibt an, mit Privatisierungen und den Entlassungen im Staatsdienst das hohe [Defizit in den Griff bekommen](#) zu wollen. Mit umfassenden Reformen wolle er die kriselnde Wirtschaft ankurbeln. Temer kündigte starke Einsparungen für das staatliche Wohnungsbauprogramm an und will die [Subventionen für die ärmsten Familien streichen](#).

"Das wirkliche Ziel hinter dem Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff ist es, den laufenden Ermittlungen ein Ende zu setzen, und dadurch die [Bestechungspraxis zu schützen, nicht zu bestrafen](#)", urteilte der britische 'Guardian' über die wirklichen Beweggründe von Senatoren und Abgeordneten, Rousseff zu stürzen. Der neue Amtsinhaber und etliche neue Minister sind Gegenstand von Korruptionsermittlungen.

So musste Planungsminister Romero Jucá bereits nach zwei Wochen im Amt im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras gehen. Jucá hatte laut einem veröffentlichten Gespräch mit dem früheren Petrobras-Manager Sergio Machado einen ["nationalen Pakt" angeregt, um die Korruptionsermittlungen zu stoppen](#). Mit der Amtsenthebung von Rousseff solle der Ermittlungsdruck gesenkt werden.

Vor rund 10'000 Menschen [warf der brasilianische Ex-Präsident Lula da Silva den brasilianischen Medien vor](#), das Impeachment gegen Präsidentin Rousseff aktiv voranzutreiben und mit den alten Eliten unter einer Decke zu stecken. Insbesondere griff da Silva dabei den Globo-Konzern mit seinen 122 Fernsehstationen, mehr als 80 Radiosendern, 15 Zeitschriften und vier Tageszeitungen an, der von der Industriellenfamilie Marinho kontrolliert wird. Tatsächlich haben Globo und andere Medien zuletzt alles darangesetzt, die Präsidentin in Verbindung mit dem Korruptionsskandal rund um die Erdölgesellschaft Petrobras zu bringen. Bisher haben ihr Dutzende Ermittler und Journalisten kein kriminelles Verhalten nachweisen können.

Es scheint bei der initiierten Amtsenthebung von Rousseff nicht um legales oder illegales Verhalten von Politikern, sondern um Macht und eigene Vorteile zu gehen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **Ostasiens Mittelmeer (I u. II)**

Seit einigen Jahren errichten die Philippinen, Vietnam und - mit etwas Verzögerung - China militärische Stützpunkte auf einzelnen Inseln, die laut der Berliner 'Stiftung Wissenschaft und Politik' (SWP) erkennbar defensive Ziele verfolgen. [NATO-Staaten kritisieren deswegen nur China](#) und rüsten gleichzeitig Anrainer des Südchinesischen Meeres auf. Parallel soll die EU, und hier treibt vor allem Frankreich die Debatte, [zur Durchsetzung eines Rechts auf "Navigationsfreiheit"](#) Kriegsschiffe in die Gewässer nahe der Volksrepublik China entsenden. China und weitere Staaten Südostasiens lehnen eine derartige Militärpräsenz der NATO aus Schutzgründen ab, eine Militärpräsenz, die laut SWP letztlich der "Weltmachtrolle" der USA dienen soll. *(Die hier verlinkten Artikel stehen leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. Red.)*

[Dies gab Außenminister Ashton Carter klar zu verstehen](#), indem er bei weiteren Landaufschütlungen und Bauten auf umstrittenen Riffen mit der Konsequenz drohte, mit anderen Staaten in der Region zusammen zu handeln.

Die "Informationen zur Deutschen Außenpolitik" ([german-foreign-policy.com](#)) werden von einer Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachten. *(Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Gisela von Mutius: **Poker um EU-Handelsverträge: Kein Spiel mit offenen Karten**

Das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada soll nun [ohne Zustimmung der nationalen Parlamente "vorläufig angewendet"](#) werden. Damit wird eine Vorlage für die leichtere Durchsetzung von TTIP geschaffen.

Zugleich soll ein Präzedenzfall dafür geschaffen werden, dass nationale Zustimmung gar nicht nötig sei, weil das Abkommen ein reiner EU-Vertrag und kein "gemischtes Abkommen" sei. "Rein" wäre es, wenn nur Themen betroffen wären, die in die Zuständigkeit der EU fallen. "Gemischt" wäre es, wenn Bereiche betroffen wären, die auch die nationalen Zuständigkeit berühren. Dies sei hier angeblich nicht der Fall. *(Dass eine solche Interpretation ernsthaft vorgetragen wird, zeigt nur, wie weit die Entmündigung der demokratischen Nationen schon vorangeschritten ist. Die Red.)* Deshalb müssten nicht 28 Parlamente, sondern nur 15 Fachminister, die 65 % der EU-Bevölkerung "vertreten", zustimmen.

Man versucht also demokratisch legitimierte Instanzen zu umgehen, indem man das Abkommen erstens für "nicht gemischt" erklärt und zweitens mittels "vorläufiger Anwendung" Fakten schafft. Für die Öffentlichkeit werden noch vor allem von der SPD harte Verhandlungen vorgegaukelt, indem man für ein International Court System (ICS) kämpft statt für die umstrittenen Internationalen Schiedsgerichte (ISDS). Beide Systeme unterscheiden sich allerdings kaum, sondern beide geben ausländischen Investoren ein einseitiges Klagerecht gegen demokratische Staaten außerhalb der demokratischen Rechtsordnungen.

Georg Rammer äußert sich noch deutlicher: Die EU-Kommission vertritt 28 Länder mit dem Anspruch "wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt". Gesetzt den Fall, sie will einen "Rat für Regulierungsfragen" schaffen, in dem geplante Gesetze und Regelungen Großkonzernen zur Stellungnahme vorgelegt werden müssen – bevor Parlamente davon überhaupt nur erfahren, spräche das jeglichem demokratischen Anspruch Hohn. Da die EU-Kommission und die Bundesregierung verhindern wollen, dass ein Vertragswerk mit den genannten Inhalten vom Volk mehrheitlich abgelehnt wird, planen sie die [handstreichartige "vorläufige Anwendung" der Verträge](#) oder zumindest ihrer wichtigsten Teile ohne jede Mitwirkung der Volksvertretungen. Denn sie wissen, dass eine parlamentarische Korrektur Jahre dauern würde; bis dahin könnten aber mit Sicherheit unwiderrufliche Fakten geschaffen werden.

[Gisela von Mutius](#), Jg. 1945, engagiert sich für [Bürgerbeteiligungsverfahren](#); aktiv bei Mehr Demokratie e.V., [Bonner Bündnis gegen TTIP](#), ehemals Friedrich-Ebert-Stiftung. *(Red.)*

[Georg Rammer](#), als Psychologe 35 Jahre in Kinder- und Jugendhilfe, Publizist, engagiert sich bei Attac gegen Armut, Ungleichheit und Menschenfeindlichkeit. *(Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Jörg Kronauer: **Weltpolitischer Machtanspruch**

Den Weg, den die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren außenpolitisch zurückgelegt hat, kann man erkennen, wenn man das neue, zur Abstimmung anstehende Weißbuch mit dem nun abzulösenden Weißbuch aus dem Jahr 2006 vergleicht.

Statt von einer "wichtigen Rolle" für "die künftige Gestaltung Europas", das seinen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit wahrnehmen müsse, wird nun von [aktiver deutscher Gestaltung der "globalen Ordnung"](#) gesprochen. Den Weg kann man auch daran ablesen, dass gelegentlich offen von einer "deutschen Führung" der EU geredet wird, oder daran, dass Deutschland im neuen Weißbuch als "zentraler Akteur" in Europa wahrgenommen werde.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) formuliert, dass Deutschland als Vormacht der EU in der Weltpolitik "künftig öfter und entschiedener führen", den globalen Ordnungsrahmen formen und die Bevölkerung auf deutsche Militäreinsätze in der ganzen Welt vorbereiten müsse. Das neue Weißbuch hat dieses Kriegstrommeln übernommen. Aber egal ob es um die Bündnissolidarität in der NATO oder die in der EU geht: "Unsere gewachsene Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik führt weder zu Automatismen noch zu Handlungszwängen, die unseren Werten und Interessen (!) zuwiderlaufen oder das Maß unserer Möglichkeiten überdehnen."

Die Absicherung der globalen Transport- und Handelswege und der ebenfalls unverzichtbaren Rohstoff- und Energieversorgung sowie das Vorbeugen und Eindämmen von Krisen und bewaffneten Konflikten gab es 2006 schon, aber sie werden nun zu Prioritäten aufgewertet. Damit kann die Bundeswehr faktisch immer und überall eingesetzt werden.

Der Bundessicherheitsrat, der bisher über Rüstungsexporte entscheidet, soll sich künftig "kontinuierlich" mit strategischen Fragen befassen und "strategischer Impulsgeber" sein, womit der Bundestag weiter geschwächt wird.

[Jörg Kronauer](#), Jg. 1968, Sozialwissenschaftler, freier Journalist mit den Schwerpunkten Neofaschismus und deutsche Außenpolitik, Redaktionsmitglied bei www.german-foreign-policy.com. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.

[Inhalt](#) ↑